

**Kreistagsfraktionen
Bündnis 90 / Die Grünen
Und
Die Linke
im Rhein - Neckar - Kreis**

Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen (kreistagsfraktion@ralf-fruehwirt.de)

Und

Die Linke (mail@edgarwunder.de)

im Kreistag Rhein Neckar

08.11.2021

Anträge der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke im Rhein-Neckar-Kreis

Wir beantragen:

Der Kreistag möge in seiner Sitzung am 14. 12. 2021 beschließen:

1. Der Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises lehnt die derzeit laufenden Planungen für den Neubau einer „Süddeutsche Erdgasleitung“, für die ein Verlauf durch weite Teile des Rhein-Neckar-Kreises vorgesehen ist, ab.
2. Der Kreistag befürwortet eine Neubewertung des Vorhabens durch die zuständigen Genehmigungsbehörden sowohl bezüglich des angenommenen Bedarfes an zusätzlicher Erdgasleitungskapazität als auch bezüglich des Verlaufs der Trasse, insbesondere angesichts der Tatsache, dass Teile der Planung inzwischen 16 Jahre alt sind.

Wir beantragen, dass über die beiden Punkte 1) und 2) unabhängig voneinander abgestimmt wird.

Begründung:

Derzeit plant die EnBW Tochter Terranets BW auf der Grundlage eines Planfeststellungsbeschlusses von 2005 (erneuert 2017) den Neubau einer Erdgasleitung „SEL“ durch weite Teile des RNK-Kreisgebietes (<https://www.terranets-bw.de/gastransport/netzausbauprojekte/sueddeutsche-erdgasleitung/>). Die Planer erklären, es lägen Ihnen Bedarfsanmeldungen vor, die für 2030 ein Anwachsen des Bedarfes an Erdgaskapazität von bis zu 30% erwarten lassen.

Es erscheint derzeit nicht gesichert, dass diese Bedarfe im Lichte der neuesten Entwicklungen auf dem Energiemarkt auch für die nächsten Jahre bis 2030 und darüberhinaus als gesichert zu gelten haben.

Die Fachleute vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung DIW kommen bei der Bewertung von derartigen Maßnahmen zu eindeutigen Schlüssen: „Neue Gaspipelines und Flüssiggas-Terminals sind in Europa überflüssig.“

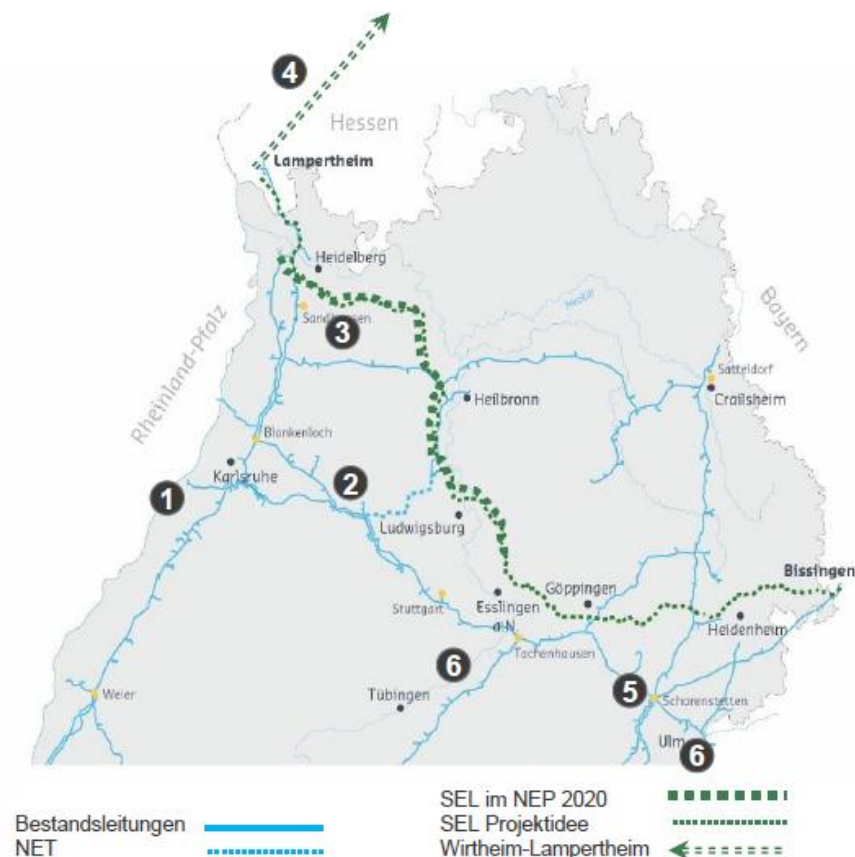
(https://www.diw.de/de/diw_01.c.793703.de/publikationen/diw_aktuell/2020_0050/neue_gaspipelines_und_fluessiggas-terminals_sind_in_europa_ueberfluessig.html). Einer ähnliche Einschätzung gibt es vom Thinktank Agora, die bei einem unhinterfragten Festhalten an bestehenden fossilen

Planungen die Gefahr von Investitionsruinen sehen (<https://www.agora-energiawende.de/blog/worueber-keiner-reden-will-der-bevorstehende-abschied-vom-gasnetz/>)

Die Stadt Heidelberg, deren Stadtgebiet ebenfalls von der geplanten Leitung betroffen wäre, hat im Juli 2021 einen einstimmigen (!) Beschluss gefasst, die SEL sei nicht nötig und abzulehnen; sie passe nicht mehr in die Zeit. Der Heidelberger Gemeinderatsbeschluss richtet sich dabei zunächst gegen konkreten den Verlauf der Trasse. (vgl.

https://www.heidelberg.de/hd/HD/service/29_07_2021+sueddeutsche+erdgasleitung_+gemeindera+t+lehnt+trassenfuehrung+ab.html). OB Eckart Würzner erklärte dazu unmissverständlich seine Skepsis gegenüber dem Projekt insgesamt: "Vor der derzeitigen Energiewende sieht der Gemeinderat die Erdgasleitung als nicht notwendig an"

Zudem ist nicht nachzuvollziehen, weshalb die Planungen vorsehen, eigens eine neue breite Schneise durch den Rhein-Neckar-Kreis zu ziehen, statt dass – vorausgesetzt eine neue unabhängige Prüfung bestätigt den angenommenen Bedarf – eine Trasse entlang der bestehenden Erdgasleitung (parallel zur A5 und dann weiter nach Osten Richtung Heilbronn) gewählt wird, was den Landschaftsverbrauch minimieren würde.



Karte von Terranets-BW: Auf die Frage weshalb eine neue Trasse (grün) verfolgt würde, statt der bestehenden (blau) entlang der A5 und dann Richtung Osten nach Heilbronn zu folgen, erklärt das Unternehmen, man beabsichtige sich nun an die bereits vorliegenden Genehmigungen zu halten (dicke grün gepunktete Linie).

Erdgas wird derzeit oft als „Übergangstechnologie“ beworben, aber auch dieser Energieträger muss in den kommenden Jahren heruntergefahren werden. Erdgas wird ohne Frage noch eine Reihe von Jahren benötigt. Eine drastische Ausweitung der Nutzung von Erdgas um die von der Terranets BW geplanten 30% jedoch erschwert zusätzlich das Erreichen der Klimazielen aus dem Pariser Abkommen. Die Einstufung von Erdgas als „sauberer“ Energiequelle ist bei einer Gesamtbetrachtung

des ökologischen Fußabdrucks schlicht nicht haltbar. Vgl.

<https://www.bundestag.de/resource/blob/406432/70f77c4c170d9048d88dcc3071b7721c/wd-8-056-07-pdf-data.pdf> wonach Steinkohle mit bis zu 1000 g CO₂/kWh angenommen werden muss, Erdgas mit 640 g CO₂/kWh während Wind mit ca. 8 bis 16 g CO₂/kWh Fußabdruck veranschlagt wird.

Terranets erklärt, die derzeitigen Planungen sehen einen mehrere hundert Meter breiten Korridor vor, in dem der letzte Verlauf der Pipeline geplant wird. Komme man hier mit den derzeitigen Grundstückseignern nicht zu einer Einigung, stünden als allerletzte Konsequenz auch Enteignungen im Raum, selbst wenn man natürlich alles tun werde, um dies zu vermeiden. Wir im RNK sollten Szenarien vermeiden, bei denen hier in unserer Region für fossile Infrastrukturmaßnahmen, die auf 15 Jahre alten Plänen und ungesicherten Bedarfsprognosen beruhen, Enteignungen drohen.

Schlicht aufsummierte Bedarfsanmeldungen ohne Kontext und Berücksichtigung anderer Gesichtspunkte sind auch in anderen Bereichen längst nicht mehr hinreichende Grundlage für große, potenziell schädliche Baumaßnahmen. So reguliert ein Flächenplan die zunächst artikulierten einzelnen Flächenbedarfe von Gemeinden in einem Regionalplan. Auch Straßenbaumaßnahmen werden nur noch nach Überprüfung strenger Kriterien und Bewertung ihrer Folgen verfolgt. Diese strenge Messlatte muss mindestens auch für fossile Infrastruktur gelten.

Wir beantragen daher die Verabschiedung der beiden oben aufgeführten Beschlüsse.